

Auszug aus der vorläufigen Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		SV-Nr.: WP 14-20 SV 68/050
Betreff:	Pflege der städtischen Grünflächen	

21.02.2019 Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

TOP 2

Herr Hanke erläuterte intensiv die Inhalte der übermittelten Sitzungsvorlage. Auch die Verwaltung wäre mit den aktuellen Pflegerhythmen nicht zufrieden, ein besseres Ergebnis wäre durchaus möglich und wünschenswert. Letztlich sei der Personalbestand zu gering, auch wenn bereits Verbesserungen durch verschiedene Umstrukturierungen erreicht wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Bergner stellte Herr Hanke fest, dass für das zusätzlich beantragte Personal kurzfristig ein Fahrzeug nicht erforderlich wäre, sehr wohl aber zu einem späteren Zeitpunkt.

Herr Wannhof erkundigte sich nach einem evtl. zu hohen Krankenstand, da bei einem Personalbestand von 14 Personen im Jahresschnitt nur auf 4,37 Beschäftigte zurückgegriffen werden konnte.

Den Umstand eines zu hohen Krankenstandes konnte Herr Hanke nicht bestätigen, verwies aber auf einige Langzeiterkrankungen innerhalb der Belegschaft.

Herr Zenker stellte mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Verwaltungsvorschlag nicht in Aussicht.

Herr Wannhof bemerkte, dass die SPD zwar die zusätzlichen Mittel für Vergaben an Fremunternehmen bewilligen wolle, jedoch die Zustimmung zu einer Personalaufstockung verweigern würde. Die Stellenanforderungen würden sich seiner Fraktion nicht erschließen, evtl. sei eine intensivere Kontrolle der Arbeitserledigung erforderlich. Daraus könne sich in Zukunft durchaus eine höhere Personalausstattung ergeben, derzeit würde man dem dargestellten, zusätzlichen Stellenbedarf aber nicht zustimmen.

Herr Reffgen begrüßte das in der Sitzungsvorlage dargestellte Ziel, die Zahl der Pflegedurchgänge zu erhöhen. Für diese Mehrleistungen wären dann aber auch zusätzliche Beschäftigte erforderlich.

Dem schloss sich Herr Jordan für die FDP-Fraktion und Herr Bartel für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen an.

Nachdem sich weitere Wortmeldungen nicht ergaben, ließ der Vorsitzende getrennt über die Zurverfügungstellung der Finanzmittel (200.000 €) für Fremdvergaben und die beantragte Stellenausweitung abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und unterstützt die Bemühungen zur Intensivierung der Grünflächenpflege.

Die in der Sitzungsvorlage dargestellten organisatorischen und planerischen Optimierungen sind umzusetzen.

Im Haushaltsplan 2019 sowie in der Finanzplanung der Folgejahre sind bei Kostenträger 0106049030 und Kostenart 521156 Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € einzustellen.

Im Stellenplan 2019 sind folgende Stellen zusätzlich aufzunehmen:

1 Gärtner/innen Vorarbeiter-Stelle nach EG 06 + Zulage

1 Gärtner/innen-Stelle nach EG 06

- 1 Hilfsgärtner/innen-Stelle mit Werksprüfung nach EG 05
- 1 Hilfsgärtner/innen-Stelle ohne Werksprüfung nach EG 04

Abstimmungsergebnis:

Bereitstellung der Finanzmittel: Bei Stimmengleichheit abgelehnt

(6 Ja-Stimmen von SPD, Bündnis90/Die Grünen, Bürgeraktion,
6 Nein-Stimmen von CDU, FDP und Allianz für Hilden)

Stellenausweitung: Mehrheitlich abgelehnt

(9 Nein-Stimmen bei 3 Ja-Stimmen von FDP, Bürgeraktion und Bündnis90/Die Grünen)

25.02.2019 Personalausschuss

TOP 6

Herr 1. Beig. Danscheidt erläuterte, dass beide Bestandteile des Beschlussvorschlags im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (UKS) abgelehnt worden seien und dies als Vorgabe für den Personalausschuss zu sehen sei.

Herr Burchartz wies darauf hin, dass seine Fraktion im UKS einen Antrag auf Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung eingebracht habe. Erst danach könne eine Aussage zum Stellenbedarf getroffen werden.

RM Toska erklärte, dass die Grünflächen in Hilden wichtig seien und der Bauhof aus seiner Sicht schon nur eine einfache Pflege betreibe. Kosten für eine externe Organisationsuntersuchung sehe er als kontraproduktiv an. Er wolle, dass entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werde. Dies bestätigte auch Frau Ellendt-Kelzenberg.

Der Vorsitzende Brehmer machte den Ausschuss darauf aufmerksam, dass nicht über den Antrag einer Organisationsuntersuchung, sondern über die vorgelegte Sitzungsvorlage insbesondere im Hinblick auf den zusätzlichen Personalbedarf zu entscheiden sei, das Konzept werde fachlich nicht im Personalausschuss überprüft.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und unterstützt die Bemühungen zur Intensivierung der Grünflächenpflege. Die in der Sitzungsvorlage dargestellten organisatorischen und planerischen Optimierungen sind umzusetzen.

Im Haushaltsplan 2019 sowie in der Finanzplanung der Folgejahre sind bei Kostenträger 0106049030 und Kostenart 521156 Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € einzustellen.

Im Stellenplan 2019 sind folgende Stellen zusätzlich aufzunehmen:

- 1 Gärtner/innen Vorarbeiter-Stelle nach EG 06 + Zulage
- 1 Gärtner/innen-Stelle nach EG 06
- 1 Hilfsgärtner/innen-Stelle mit Werksprüfung nach EG 05
- 1 Hilfsgärtner/innen-Stelle ohne Werksprüfung nach EG 04

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

SPD	Nein
CDU	Nein
B 90/Grüne	Ja
FDP	Enth.
BA	Ja
AfD/Allianz	Nein